



Unter dem Motto „Möckmühl steht auf“ protestierten am 31. Oktober rund 850 Bürger gegen den Auftritt von AfD-Mann André Poggenburg in der Stadthalle.

Foto: Archiv/Seidel

Von unserem Redakteur
Reto Bosch

Die AfD-Veranstaltung mit André Poggenburg beschäftigt noch immer viele Möckmühler. Bürgermeister Ulrich Stammer hat in einem Beitrag im Amtsblatt erklärt, warum er sich in dieser Sache nicht positioniert hat. Der Text ist allerdings so formuliert, dass sich Bürger, die die Gegendemonstration organisiert haben, mit der AfD gleichgesetzt fühlen. Und: Stammers Argumentation hält einer rechtlichen Bewertung teilweise nicht stand.



Ulrich Stammer
Foto: Archiv/Mugler

Unter dem Motto „Möckmühl steht auf“ hatten am 31. Oktober rund 850 Bürger gegen die AfD-Veranstaltung in der Stadthalle friedlich protestiert. Hauptsächlich deshalb, weil mit André Poggenburg ein AfD-Mann gekommen war, den sie als Hetzer einstufen. Er hatte zum Beispiel in einer Rede als „Kameltreiber“ und „Kümmeltürken“ bezeichnet. Viele Möckmühler fragten sich, warum Bürgermeister Ulrich Stammer nicht Stellung bezog.

Vermutlich als Reaktion darauf, verfasste er einen Beitrag für das Möckmühler Amtsblatt (15. November). Darin erklärte Stammer, dass er unparteiisch und überparteilich agieren müsse und deshalb an keinerlei Veranstaltungen teilnehmen könne, die von Interessengruppen initiiert werden. Und er appelliere an alle Bürger, sich nicht von Populismus jeglicher Art mitreißen zu lassen. „Der Text hat mich schon irritiert“, sagt Bruno Spohrer. Er ist Ge-

meinderat, Kreisrat (FWV/FDP) und einer der Initiatoren der Protestaktion. „Wir werden auf eine Stufe gestellt mit den Leuten, die die Veranstaltung mit Poggenburg organisiert haben“, sagte Spohrer. Martin Haufecker vom Organisationssteam hält die Aussagen des Bürgermeisters für „erstaunlich“. Und ein weiterer Mitorganisator sagt: „Ich persönlich finde es sehr schade, mit einer Gruppe, die André Poggenburg nach Möckmühl geholt

Kritik an Bürgermeister nach AfD-Veranstaltung

MÖCKMÜHL Missverständlicher Beitrag im Amtsblatt – Professor: Auch ein Verwaltungschef darf sich als Privatperson politisch äußern

Ulrich Stammers Erklärung

Im Möckmühler **Amtsblatt** vom 15. November hat Bürgermeister Ulrich Stammer unter anderem geschrieben: „Auf dem Boden des Grundgesetzes, unserer freiheitlich-demokratischen Grund-

ordnung, stehe ich als gewählter Bürgermeister aller Bürger (...) in der Verantwortung, unparteiisch und überparteilich die Geschicke der Stadt zu leiten. Daraus ergibt sich logisch und folge-

richtig, dass ich an keinerlei Veranstaltungen teilnehmen kann und werde, welche von Interessengruppen, gleich welcher Art, initiiert und durchgeführt werden.“ bor

hat, auf eine Ebene gestellt zu werden.“ Das Prinzip „Ursache und Wirkung“ sei in keiner Weise berücksichtigt. Und Spohrer hat sich gewünscht, dass der Bürgermeister zum Poggenburg-Auftritt Position bezieht. Wenn nicht bei der Demo, dann wenigstens im Vorfeld.

Trifft Stammers Argumentation im Amtsblatt zu? Durfte er wirklich nicht an der Demo teilnehmen? Professor Arne Pautsch von der Hochschule für öffentliche Verwaltung

und Finanzen in Ludwigsburg sagt: In seiner amtlichen Funktion ist ein Bürgermeister tatsächlich zur Neutralität und Überparteilichkeit verpflichtet. Aber: Wenn er klar macht, dass er als Privatperson agiert, dürfe ein Bürgermeister sehr wohl eine politische Meinung äußern. „Und es gibt Mittel und Wege, das deutlich zu machen“, sagte Pautsch der Heilbronner Stimme. Im Klartext: Wenn Stammer darauf verwiesen hätte, dass er nicht als Bürgermeister, sondern als Privatperson handelt, hätte er sogar als Redner bei der Gegendemonstration auftreten können. Das Grundrecht für Meinungsfreiheit gilt auch für Bürgermeister.

Verbände Unklar ist auch Stammers Definition von „Interessengruppen“, deren Veranstaltungen er nicht besuchen werde. Schließlich zählen dazu auch Gewerbevereine oder Verbände. „Es gehört zu den repräsentativen Aufgaben eines Bürgermeisters, zu Interessengruppen Kontakt zu halten“, stellt Arne Pautsch klar.

Bruno Spohrer kennt Stammer schon lange. Er kann sich das Verhalten des Bürgermeisters nicht erklären. Mehrere Nachfragen der Stimme ließ Ulrich Stammer unbeantwortet.

Kommentar „Fehler“

Kommentar



Von Reto Bosch

André Poggenburg in Möckmühl: Bürgermeister Stammer hätte sich erklären sollen.

Fehler

Möckmühls Bürgermeister Ulrich Stammer hat zwei Fehler gemacht. Erstens: Viele Bürger warteten darauf, dass sich ihr Stadtoberhaupt positioniert. Entweder im Vorfeld oder bei der Gegendemonstration zur AfD-Veranstaltung in der Stadthalle. Schließlich hatte es sich mit André Poggenburg ein Mann in der guten Stube Möckmühls gemächlich gemacht, der für seine teilweise hasserfüllten Botschaften bekannt und in manchen Kreisen gerade deshalb beliebt ist. Zweitens: Stammer tat mit seinem Text im Amtsblatt so, als gelte für ihn die grundgesetzlich geschützte Meinungsfreiheit nicht. Wenn es ihm wichtig gewesen wäre, hätte er als Privatperson Klartext sprechen können, was er von diesem Besuch aus Ostdeutschland hält. Oder Stammer hätte referieren können, welche Werte in einer Stadt wie Möckmühl gelebt werden sollen – ohne jeden direkten Bezug zur AfD-Veranstaltung. All das hat er unterlassen.

Stammers Suche nach dem richtigen Kurs ist kein Einzelfall. Politik, Gesellschaft und auch die Medien ringen nach wie vor um den richtigen Umgang mit der AfD und dem erstarkenden Rechtspopulismus. Und es sind ja auch nicht nur die Bürgermeister gefragt. Demokraten stehen in der Pflicht, auch in Alltagsdiskussionen nachzufragen, Stellung zu beziehen, Quellen einzufordern. Es ist oft schon ein Erfolg, wenn das Gegenüber noch einmal nachdenkt. Und die Populisten merken: Sie treffen auf Widerrede.

Ihre Meinung?
reto.bosch@stimme.de